

Vorsitzender Thienel begrüßt Herrn Heinemann vom Ingenieurbüro Heinemann, welcher die Planung für den Straßenausbau in der Auelswiese übernommen hat. Die Präsentation ist als **Anlage 2 zur Niederschrift** beigelegt.

Frau Böhm erkundigt sich, ob auf dem 1,50 Meter breiten Fußweg auch Fahrradfahrer fahren könnten, da ihr die Sicherheit der Fahrradfahrer sehr wichtig sei.

Herr Heinemann berichtet, dass zwischen einem Gehweg und einem Fahrradweg differenziert werden müsse. Ein Fahrradweg müsste separat errichtet werden und eine bestimmte Breite aufweisen. Er führt weiter aus, dass es nicht zu empfehlen sei, den Geh- und Radweg miteinander zu kombinieren.

Frau Böhm ergänzt, ob die Planungen nicht überdacht werden sollten, um die Sicherheit der Fahrradfahrer zu gewährleisten.

Frau Prinz-Klein merkt an, dass der Ausbau der Auelswiese zurzeit so geplant sei und dass über diesen Vorschlag abgestimmt werden müsse. Die straßenverkehrsrechtliche Anordnung, wie der Schutz der Fahrradfahrer gewährleistet werden könne, würde im nächsten Schritt erfolgen. Dies sei keine Frage des Straßenausbaus, sondern des Straßenverkehrsrechts.

Herr Reisbitzen bedankt sich bei Herrn Heinemann für die Vorstellung der technischen Sichtweise und ergänzt, dass eine Notwendigkeit bei dem Ausbau der Auelswiese bestehen würde. Unter Betrachtung der derzeitigen Lage, wo die Anlieger in den vergangenen Monaten durch die Kostensteigerungen im Energiesektor eingeschränkt werden, sowie andere Herausforderungen in der Gemeinde Eitorf, sollte die Maßnahme Straßenausbau Auelswiese nicht prioritär sein. Die CDU-Fraktion nehme die technische Notwendigkeit zur Kenntnis und beantrage, die Maßnahme in den Herbst dieses Jahres zu verschieben. Das Straßenausbaukonzept solle im Herbst 2023 einer Fortschreibung unterzogen werden.

Herr Dingel verweist auf die vorherige Diskussion zu dem Thema Radweg und fügt an, dass die Errichtung eines Radwegs zur Sicherheit der Fahrradfahrer beitragen würde. Jedoch müsste die Fahrbahn verbreitert werden, sodass zusätzliche Kosten entstehen würden. Dies sollte ebenfalls berücksichtigt werden. Er ergänzt, dass eine weitere Verschiebung der Maßnahme nicht sinnvoll sei, da ein Beschluss heute oder in einem halben Jahr keine Änderungen bewirken würde.

Frau Zorlu spricht sich im Namen der SPD-Fraktion für die Verschiebung der Entscheidung aus und bestätigt, dass eine Notwendigkeit bei dem Ausbau der Straße bestehen würde, um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden zu gewährleisten.

Bürgermeister Viehof möchte wissen, welche Abrechnungen bei einer Verschiebung der Maßnahme um ein halbes Jahr anfallen würden.

Herr H. Derscheid antwortet, dass eine Verschiebung und Neubewertung der Maßnahme grundsätzlich möglich sei. Dies hätte jedoch zur Folge, dass die Beitragsersparnisse in Höhe von 6,50 € pro Quadratmeter wegfallen würden. Er fügt an, dass innerhalb von 25 Jahren drei Bürgerinformationsveranstaltungen zu dem Straßenausbau Auelswiese stattgefunden hätten.

Herr Scholz bedankt sich für die Ausarbeitung des Straßenausbaus in der Auelswiese und möchte wissen, ob bei der Planung Starkregenereignisse berücksichtigt worden seien.

Herr Heinemann erklärt, dass die Straße von den Grundstücken aus zum Auelsgraben geplant worden sei. Die Straße habe ein Längsgefälle von 2,5 %. Von oben abfließendes Wasser könne nicht an die Häuser geraten, da es zuvor über den Bordstein in den Bach fließen würde. Somit würde es dahingehend keine Bedenken geben.

Herr Scholz führt weiter aus, dass ein Ausbau notwendig und verpflichtend sei. Er fasst zusammen, dass die Anwohner über den Ausbau überrascht seien. Man solle einerseits die Kommunen in die Pflicht nehmen, die Anwohner über den Ausbau zu informieren. Andererseits könne es auch vorkommen, dass die Bürger den bevorstehenden Ausbau einer Straße vergessen würden. Es sollte gänzlich geklärt werden, ob der Ausbau eine politische oder verwaltungsrechtliche Entscheidung sei. Da auf die Anwohner durch den Straßenausbau in der Auelswiese viel zukomme, plädiert Herr Scholz ebenfalls für eine Verschiebung der Maßnahme. Schieben solle jedoch nicht bedeuten, dass die Maßnahme nicht aufgehoben werden könne, da eine gesetzliche Pflicht bestehen würde.

Herr Utsch bekräftigt die Aussage seines Vorredners und erklärt, dass er sich den anderen Fraktionen anschließt. Er wünscht sich eine methodische Herangehensweise bei der Ausarbeitung des Straßenausbaukonzepts, wo nach nachvollziehbaren Kriterien festgehalten würden. So könnten die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen, wann der Ausbau ihrer Straße anfallen würde. Aus diesem Grund sollte das Straßenprogramm sukzessive abgearbeitet und nicht nur geschoben werden. Herr Utsch möchte wissen, ob es nachvollziehbare Kriterien der Verwaltung gäbe, welche Straße als nächstes ausgebaut werden solle.

Herr Reisbitzen verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion und bestätigt, dass heute kein Maßnahmenbeschluss getroffen werden solle. Die Neuauflage des Straßenausbaukonzeptes werde im Herbst neu beraten. Der Ausgang der Beratung sei ungewiss.

Herr Fuchs möchte wissen, ob bei einer Verschiebung der Maßnahme, welche früher oder später umgesetzt werden solle, die Kosten automatisch um 15 % ansteigen würden. Somit würde wissentlich ein Beschluss gefasst, welcher für Mehrkosten bei den Anwohnern sorgen würde.

Herr H. Derscheid antwortet, dass bei einer Trennung von den Kanal- und Straßenmaßnahmen die Synergien verschwänden. Es werde keine Rolle spielen, ob eine Umsetzung der Maßnahme in einem halben Jahr oder in zwei Jahren erfolge. Herr H. Derscheid greift die Frage von Herrn Utsch auf und erläutert, dass verschiedene Aspekte bei der Bewertung einer Straße einfließen. Hierzu zählen beispielsweise der technische Zustand, die Verkehrsbedeutung dieser Straße sowie Synergien mit den Gemeindewerken. Es wäre fahrlässig, wenn die Verwaltung die Gemeindewerke alleine arbeiten lassen würde, da der Haushalt nicht zu sehr belastet werden solle. Das Konzept könne jederzeit geändert werden. Es dient lediglich als Fahrplan für die Verwaltung, für die Politik sowie für die Anwohner. Herr H. Derscheid fügt hinzu, dass der Rat die Entscheidungsbefugnis über den Straßenausbau durch einen Ratsbeschluss an den Bürgermeister übertragen könne. Dann liege die Zuständigkeit beim Bürgermeister und nicht mehr beim Rat bzw. beim Ausschuss.

Herr Reisbitzen begrüßt die Ausführungen von Herrn H. Derscheid und stimmt zu, dass eine Zusammenarbeit mit den Gemeindewerken aus haushaltsrechtlicher Sicht vom Vorteil sei. Die Mehrkosten, welche bei einer Verschiebung des Straßenausbaus entstehen, werden letztendlich ebenfalls von den Anwohnern bezahlt, da die Gemeindewerke ihre finanziellen Mittel aus dem Gebührenhaushalt beziehen.

Herr H. Derscheid merkt an, dass die eingesparten Beträge, welche die Gemeindewerke an die Verwaltung abführen, an das für die Wiederherstellung verantwortliche Unternehmen gezahlt würden. Der Betrag würde entweder an das Unternehmen gezahlt oder der Baumaßnahme gutgeschrieben werden.

Vorsitzender Thienel fasst den Beratungsverlauf zusammen und erklärt, dass bei einer Verschiebung zwei Baustellen innerhalb von zwei verschiedenen Zeitfenstern entstehen würden. Zum aktuellen Zeitpunkt werde der Straßenausbau bei einer Verschiebung 6,50 € pro Quadratmeter teurer.

Auf Antrag von Herrn Gabriel wird die Sitzung einvernehmlich um 18:42 Uhr unterbrochen und um 18:45 Uhr wieder aufgenommen.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Nr. XV/13/41

Der ABS empfiehlt dem Rat der Gemeinde Eitorf, den Ausbau der Auelswiese nach der vorgestellten Planung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrstimmig abgelehnt.

Ja: 4 SPD

Nein: 4 CDU, 2 Grüne, 2 FDP, 1 BfE, 1 UWG

Enthaltung: 1 CDU

Sodann lässt Vorsitzender Thienel über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Nr. XV/13/42

Auf Antrag der CDU-Fraktion empfiehlt der ABS dem Rat der Gemeinde Eitorf, den Ausbau der Straße „Auelswiese“ vorerst nicht zu beschließen, sondern im Rahmen des anstehenden Straßenausbaukonzeptes erneut zu betrachten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen.

Ja: 10

Nein: 5

Enthaltungen: 0